

## PRESSEMITTEILUNG

## SPD STADTRATSFRAKTION NÜRNBERG

SPD Stadtratsfraktion | Rathaus | 90403 Nürnberg

### Anti-Gewalt-Tag 2017

„Mädchen schützen! Weibliche Genitalverstümmelung gemeinsam überwinden“

„Auch weiterhin muss zum Tag gegen Gewalt an Frauen konstatiert werden, dass sich am Ausmaß und an der Bandbreite dieser Gewalt so gut wie nichts geändert hat – ein gewaltfreies Leben ist nach wie vor für viele Frauen leider keine Realität“, beklagt die frauenpolitische Sprecherin der SPD-Stadtratsfraktion, Gabriele Penzkofer-Röhl.

Weibliche Genitalverstümmelung, eine der eklatantesten und brutalsten Formen der Gewalt an Frauen ist das diesjährige Thema der Aktionen. Ein Thema, das nicht als „Dritte Welt“-Thema abgetan werden darf, betont Penzkofer-Röhl: „Allein in Deutschland sind Berechnungen zufolge neben den betroffenen Frauen bis zu 13.000 Mädchen bedroht. Zwar steht Genitalverstümmelung unter erheblicher Strafe – damit ist es jedoch nicht getan“, so die Frauenpolitikerin. „Um einen besseren Schutz gefährdeter Mädchen zu erreichen, bedarf es dringend Aufklärungsprogramme und kultursensibler Beratung für die Betroffenen und diejenigen, die aus dieser menschenrechtsverachtenden Tradition ausbrechen wollen. Zudem ist es notwendig, dass Erzieherinnen, Lehrerinnen und Ärztinnen im Hinblick auf Genitalverstümmelung geschult und sensibilisiert werden.“

Ein weiteres Thema treibt die Stadträtin um: „Seit nunmehr zwei Jahren sind die Ergebnisse der Studie zur Bedarfsermittlung an Frauenhausplätzen bekannt, die klar belegen, dass es in Bayern – insbesondere in ländlichen Regionen – einen erheblichen Mangel an Frauenhausplätzen gibt. Auch in Nürnberg, wo das Frauenhaus seit 38 Jahren bis auf einen Zuschuss des Bayerischen Sozialministeriums durch die Stadt finanziert wird, müssen immer wieder Frauen aus Platzgründen abgewiesen werden. Aber es wird auf Landesebene immer noch diskutiert und das lange erwartete Gesamtkonzept gibt es immer noch nicht. So wichtig es ist, dies auf allen Ebenen und mit der Fachöffentlichkeit intensiv zu diskutieren, wird es Zeit, dass die Staatsregierung ein Konzept vorlegt, das dem tatsächlichen Bedarf und der ausreichenden Finanzierung genügend Rechnung trägt“, mahnt Penzkofer-Röhl an und fügt hinzu: „Vielleicht ist ja der 1. Februar im nächsten Jahr nochmals ein Impulsgeber: Da tritt endlich die Istanbul-Konvention zum Schutz gewaltbetroffener Frauen in Kraft“.

Nürnberg, 22. November 2017